

Wahlprüfsteine des Nachbarschaftsrates KMA II e.V.

Antworten der FDP-Fraktion Berlin-Mitte (BVV)

Eingang am 17.08.2026

Frage 1: Bestandsbäume bei künftigen Baumaßnahmen

„Wie erreichen Sie, dass bei künftigen Baumaßnahmen vorhandene Bäume nicht gefällt, sondern bei den Planungen als „zu erhalten“ berücksichtigt werden, und wie sichern Sie die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Neupflanzung und Pflege von Bäumen für den Klimaschutz?“

Antwort:

Wir setzen uns dafür ein, dass Bäume als unverzichtbarer Bestandteil städtischer Infrastruktur in Bebauungsplänen gesichert werden. Vorhandene Bäume müssen, wenn möglich, geschützt und in Ausnahmefällen ersetzt werden. Aber allein auf Neupflanzungen zu blicken, reicht nicht aus: für eine funktionierende Schwammstadt brauchen wir Entsiegelungsmaßnahmen und mehr Dach- und Fassadenbegrünungen. Im Kiez KMA II unterstützen wir dabei den Dialog mit den Anwohnern zu Erhaltungsmaßnahmen.

Frage 2: Straßenbäume nach Klimaanpassungsgesetz

„Wie erreichen Sie, dass die Berliner Bezirke unverzüglich damit beginnen, geeignete Stellen in der Stadt für die entsprechend dem Berliner Klimaanpassungsgesetz zu pflanzenden Straßenbäume auszuweisen und deren Pflege personell und finanziell sicherzustellen?“

Antwort:

Das Berliner Klimaanpassungsgesetz gilt verbindlich, aber wir verfolgen seit Jahren, dass mehr Bäume gefällt als gepflanzt werden (negative Baumbilanz). Deshalb brauchen unsere Bezirke verlässliche Budgets, um Bäume zu pflanzen und zu pflegen. Aber damit wir mehr Bäume in Mitte pflanzen können, brauchen wir den Dialog mit privaten Grundstücksbesitzern. Es kann nicht die einzige Lösung sein, Parkplätze als Flächen für Baumpflanzungen zu nutzen, sondern Baumpflanzungen besonders vorzunehmen, wo bereits Bäume gefällt werden mussten.

Unser Ziel: Berlin-Mitte soll zeigen, wie eine lebenswerte und funktionierende Stadt gelingen kann. Dabei ist wichtig, dass mehr Grün wichtige Bau- und Infrastrukturprojekte nicht verhindert oder verzögert, sondern dass diese sinnvoll mit ihnen zusammengedacht werden.

Frage 3: Gedenkstätte Haus der Statistik / Jüdisches Altenheim Gerlachstraße

„Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die WBM im Zuge der Errichtung der Wohnhäuser auf dem Areal des ehem. Haus der Statistik, Berlin Mitte, einen würdigen, nachhaltigen Ort des Gedenkens an die ermordeten Bewohner des jüdischen Altenheims Gerlachstraße schafft?“

Antwort:

Ja. Wir unterstützen die Einrichtung eines Gedenkortes „Jüdisches Altenheim“ ausdrücklich.

Frage 4: Ambulante medizinische Versorgung in allen Stadtteilen

„Was wollen Sie unternehmen, um eine wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung in allen Stadtteilen Berlins für alle Bevölkerungsschichten zu schaffen, und wie werden Sie dafür sorgen, dass bei Neubaumaßnahmen Flächen dafür verbindlich mitgeplant und langfristig gesichert werden?“

Antwort:

Wir werden drei konkrete Hebel ansetzen: Im Planungsrecht sollen bei jedem Bauvorhaben Flächen für Arztpraxen, medizinische Versorgungszentren und Apotheken zwingend mitgeplant werden. Dazu wollen wir im Berliner Senat auf eine Änderung der Bauordnung hinwirken. Zweitens braucht es mehr Anreize für die Niederlassung von Ärzten und Therapeuten in unterversorgten Gebieten, etwa Steuererleichterungen, Zuschüsse und vereinfachte Genehmigungsverfahren. Dazu soll es einen

„Niederlassungsbonus“ des Bezirksamts Berlin-Mitte geben. Drittens braucht es ein verbessertes Versorgungsmonitoring, das Lücken in Zahnmedizin, Psychotherapie, Facharztversorgung oder Altenpflege sichtbar macht und einen gezielteren Abbau dieser Lücken ermöglicht.

Frage 5: Gesundheitsversorgung in Krisen und Katastrophensituationen

„Wie wollen Sie sicherstellen, dass gesundheitliche Versorgung und Unterstützung auch in Krisen- und Katastrophensituationen (etwa bei längeren Stromausfällen, extremen Wetterlagen oder Pandemien) für die Bewohnerinnen und Bewohner Berlins erreichbar und funktionsfähig bleiben?“

Antwort:

Die FDP-Fraktion in der BVV von Berlin-Mitte ist die treibende Kraft für einen verlässlichen Katastrophenschutz in unserem Bezirk. Nach dem verheerenden Stromausfall im Berliner Südwesten haben wir unter anderem durchgesetzt, dass das Bezirksamt Mitte seine Krisenpläne anpasst, systemrelevante Anlagen definiert und ihre Sicherung überprüft, Redundanzen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen schafft, die Beschaffung und Wartung von Notstromaggregaten intensiviert und in einem logistischen Notfallplan regelt, wo Menschen bei Großschadenslagen kurzfristig sicher untergebracht werden können. Auch ein regelmäßiger Austausch mit den Hilfsorganisationen und Stresstests der kritischen Infrastruktur sind erforderlich.

Frage 6: Zuständigkeitsverteilung Stadt vs. Bezirke

„Worin bestehen die Zuständigkeiten der Stadt einerseits und der Stadtbezirke andererseits im Falle einer Katastrophe sowie in der Vorbereitung darauf? Bitte im Einzelnen konkret aufzählen.“

Antwort:

Leider ist die Zuständigkeit im Katastrophenfall nicht nur für viele Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Verwaltung unklar. Das ist ein Sicherheitsrisiko. Wir fordern, verbindliche Strukturen in einer Katastrophenschutzordnung auf Landesebene zu verankern:

Berliner Senat:

- Strategie und Gesamtkoordination aller Bezirke
- Ressourcenverteilung und Logistik landesweit (Fahrzeuge, Medikamente, Lebensmittel)
- Betrieb und Wartung von Warnsystemen (Sirenen, Rundfunk, Cell Broadcast, Warn-Apps)
- Koordination überörtlicher Kräfte (Feuerwehr, Polizei, THW)
- Maximalversorgung unter Einbeziehung Großkliniken

Bezirksamt:

- Evakuierungsplanung und Durchführung für ihr Gebiet
- Betreibung lokaler Hilfsstellen und Unterkünfte
- Erste Hilfe, medizinische Versorgung auf Bezirksebene
- Ein detailliertes Informations- und Kommunikationskonzept für Einwohner
- Koordination mit Nachbarbezirken und Senat

Frage 7: Bürgerbeteiligung und Sirenen

„Wie wollen Sie erreichen, dass die Bewohner im Falle einer Katastrophe unmittelbar und umfassend informiert werden sowie praktische und bedarfsgerechte Hilfe erhalten und wann werden die für die Information aller Bürger nötigen Sirenen installiert?“

Antwort:

Wir werden ein vierstufiges Warnsystem aufbauen, das fehlende Sirenen ersetzt, digitale Warnkanäle und analoge Redundanzen (z.B. Lautsprecherwagen) nutzt und allen Bürgerinnen und Bürgern schnelle Informationen darüber liefert, an welchen Stellen potenzielle Schutzräume zur Verfügung stehen. Hierfür müssen alle Tiefgaragen, U-Bahnschächte und ähnliche potenzielle Zivilschutzanlagen katalogisiert

werden. Mit regelmäßigen Katastrophenschutzübungen werden wir die Resilienz der Bürgerinnen und Bürger stärken. Dies haben wir als FDP-Fraktion vorsorglich mehrfach in die BVV eingebracht.

Frage 8: Verwaltungsgebäude als Hilfsanlaufstellen

„Wie wollen Sie verbindlich regeln, dass neben den Rathäusern auch andere Verwaltungsgebäude für Hilfeleistungen gegenüber den Bürgern, wie das Aufladen mobiler Telefone, Befriedigung elementarer Hygienebedürfnisse, Aufwärmen/Abkühlen usw. zur Verfügung stehen?“

Antwort:

Im Katastrophenfall sollen sämtliche zur Verfügung stehenden öffentlichen Einrichtungen (Rathäuser, Bezirksämter, Jobcenter, Schulen, Sporthallen, Museen, Kirchen, etc.) für diese Hilfeleistungen zur Verfügung stehen. Zu diesem Zweck werden diese Gebäude mit folgender Infrastruktur ausgestattet: Notstromaggregate und Powerbanks für Smartphone-Aufladung, funktionierende Toiletten- und Hygieneanlagen (Wassertanks), Heiz- und Kühlkapazitäten, Wasser- und Verpflegungsreserven (Notfallrationen). Die Betreiber erhalten hierzu klare Anweisungen und tragen die Verantwortung. In der aktuellen Situation ist diese Zivilverpflichtung leider notwendig.

Frage 9: Notwasserbrunnen und Trinkwasserbrunnen

„Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Anzahl der Notwasserbrunnen und Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet erhöht und gleichmäßig verteilt wird? Werden Sie dafür sorgen, dass die Berliner Wasserbetriebe wieder die Kosten für die Trinkwasserbrunnen tragen?“

Antwort:

Wasser ist öffentliche Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass die bestehenden maroden und kaputten „Schwengelpumpen“ – ein Viertel des gesamten Bestandes – umgehend instandgesetzt werden. Zudem wollen wir die Anzahl der Pumpen stadtweit erhöhen und Versorgungslücken schließen. Die Karte der zur Verfügung stehenden Pumpen ist zu aktualisieren, damit das Wasser für das Bewässern der Bäume genutzt wird. Auch die Kieze in KMA II sollen fußläufig erreichbare Pumpen erhalten. Zudem wollen wir bei den Berliner Wasserbetrieben darauf hinwirken, dass die laufenden Betriebskosten in deren reguläres Budget fließen. Wer die Rohre legt und wartet, trägt die Verantwortung.

Frage 10: „Kriegstüchtigkeit“ und Bevölkerungsschutzeinrichtungen

„Mit welchen praktischen Maßnahmen werden Sie, beginnend unmittelbar nach den Wahlen im Herbst 2026, die von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius geforderte „Kriegstüchtigkeit“ in Berlin herstellen? Welche Rolle spielt dabei die Reaktivierung ehemaliger Bevölkerungsschutzeinrichtungen?“

Antwort:

Wir stehen zu dem Ziel, unser Land „kriegstüchtig“ zu machen und unsere Krisenresilienz zu erhöhen. In der BVV Mitte haben wir bereits gefordert, potenzielle Luftschutzräume, zum Beispiel Tiefgaragen, im Bezirk Mitte zu katalogisieren. Im Ernstfall kann Bürgerinnen und Bürger so von Land und Bezirk unverzüglich mitgeteilt werden, an welchen Stellen sie Schutz finden können. Auch beim Neubau von privaten oder öffentlichen Großbauvorhaben fordern wir bereits die Berücksichtigung von Zivilschutzanlagen in Tiefgaragen.

Zudem wurden Schutzräume bundesweit noch nicht definiert. Im Berliner Abgeordnetenhaus werden wir uns für eine Bundesratsinitiative einsetzen, die auf die Reaktivierung und den Neubau von Zivilschutzanlagen hinwirkt.
